

Ergebnisprotokoll der 5. Sitzung der AG Perspektive am 12. April 2010

Teilnehmer: Frau Ambrosy-Schütze
Frau Bruns
Herr Dr. Dürr
Frau Fendler
Frau Perzul
Herr Richter
Herr Dr. Seeber
Herr Zuch

Sitzungsort und –zeit: OKR, Philosophenweg 1, 18.00 Uhr - 20.00 Uhr

Das Protokoll der 4. Sitzung der AG Perspektive wird gebilligt.

Zunächst wird das weitere Vorgehen besprochen:

Am 26. April soll der Synodenbericht abgestimmt werden. Herr Seeber will eine Vorlage schreiben. Einigkeit bestand darin, diesen Bericht wg. seiner Lesbarkeit für Synodale möglichst knapp zu halten (ca. 3 Seiten) – unklar ist noch, ob eine längere Ergänzung dazu angefertigt werden kann, die genauere Einblicke in die Überlegungen der AG geben soll. – die dann ggf. den Synodalen mit ausgehändigt werden soll.

Am 3. Mai – der letzten Sitzung der AG Perspektive – soll die Präsentation auf der Synode abgestimmt werden. Hier soll genauer überlegt werden, wie die Ergebnisse nachvollziehbar „rübergebracht“ werden können – Allen Mitgliedern der AG ist bewußt, dass es sich um sehr weitgehende Veränderungen handelt, die auf die Oldenburger Kirche zukommen – und die aktiv und gewollt von möglichst allen haupt- und ehrenamtlich Verantwortlichen mitgetragen werden müssen, wenn sie erfolgreich umgesetzt werden sollen. Die Präsentation des Zwischenberichts auf der letzten Herbstsynode hat gezeigt, dass je nach Vorstellung auch die Inhalte besser (oder schlechter) wahrgenommen werden.

Der Umgang mit den Funktionsstellen wird von dem Team Herr Dürr, Frau Fendler und Herr Zuch erneut beraten – ein Vorschlag dazu wird auf der Sitzung am 26. April vorgelegt. Die bisherige Position – wir müssen diese Stellen nicht gesondert bewerten, weil auch hier der Abbau über den demographischen Faktor greift – muss wohl doch differenzierter betrachtet werden.

Bei der neuen Bewertung und Einschätzung von Pfarrstellen muß der Ansatz für Sonderbewertungspunkte um den „Missionarischen Gedanken“ ergänzt werden. Denkbar ist ein Bezug zur Gesamtbevölkerung: Sollte die Quote der evangelischen Christen unter 50% der Gesamtbevölkerung sinken, greift diese Bewertung.

Besser nachvollziehbar als bisher muß die unterschiedliche Steigerungskurve bei den Gemeindemitgliederzahlen / Pfarrstelle herausgearbeitet werden. Auch dies wird durch das dreier Team bearbeitet.

Von Herrn Zuch wird eine Übersicht mit fünf verschiedenen Kooperationsstufen übergemeindlicher Zusammenarbeit eingebracht. In der Diskussion dazu wird zwar

noch einiger genauerer Definitionsbedarf einzelner Begriffe (Zweckvereinbarung / Zweckverband) deutlich – insgesamt ist sich die AG Perspektive aber darin einig, dass die Variante „Zweckverband“ die Wunschform übergemeindlicher Kooperation darstellt. Der Vorteil der weiterhin eigenständigen Entscheidungs- und Handlungskompetenz und damit der Identität der Gemeinde bleibt erhalten bei gleichzeitiger intensiver Zusammenarbeit (Auslagerung einzelner Themen) mit Nachbargemeinde(n). Dennoch soll keine eindeutige Empfehlung ausgesprochen werden, sondern nur mögliche Wege zur Kooperation vorgestellt werden. Intensiv wurde die Frage beraten, wie Gemeinden miteinander ins Gespräch kommen. Übergemeindliche Ansätze für Kooperation werden bisher eher als Notlösung gesehen, denn als Chance, Aufgaben und eigenes Profil besser als alleine agierend wahrnehmen zu können.

Diskutiert wird ausführlich der neuerliche Wandel, vor dem die Kirche in Oldenburg (nach den massiven Änderungen mit der Umsetzung der Verwaltungsstrukturreform) steht: Das bisherige Modell der Pfarrerversorgung (pro Pfarrer eine Gemeinde bzw. mehrere Pfarrer pro Großgemeinde bzw. 1 Pfarrer für drei Gemeinden) muß umgekröpelt werden, um mit den zu erwartenden Umbrüchen umgehen zu können. Der neue Ansatz heißt: Mehrere Pfarrer für mehrere Gemeinden. Dies ist eine völlig neue Struktur und hier werden auch völlig neue Organisationsmuster zu entwickeln sein bzw. sich „herausmenden“, wie diese bisher unbekannte Form der doppelten Zusammenarbeit (zwischen Pfarrerinnen – zwischen Gemeinden) entwickelt werden kann. Es wird eine große Notwendigkeit zur Moderation solcher Prozesse gesehen. Die Gemeindeberatung kann mit dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden. Als eine Möglichkeit wird daher gesehen, den jeweiligen Kreiskirchenrat einzubinden. Dabei muß aber auch klar sein, dass diese Einrichtung lediglich Moderations- und keine Weisungsfunktion wahrnimmt.

Das Thema zum künftigen Umgang mit Immobilien stellt den zweiten großen Beratungsschwerpunkt der Sitzung dar.

Dazu bringt Frau Ambrosy-Schütze insgesamt vier Vorlagen ein:

Die erste Übersicht zeigt eine gemeindescharfe Zusammenstellung zum aktuellen Gebäudebestand, differenziert nach Nutzungen und Altersklassen.

Die zweite Übersicht ist eine Zusammenstellung von Definitionen zum Themenkomplex „Immobilienmanagement“. Hier wird erstmals für die Oldenburger Kirche klar definiert, welche Inhalte unter welchen Begrifflichkeiten verstanden werden.

Diese beiden Informationsquellen sind eine wichtige Voraussetzung, um die erforderliche Diskussion zum künftigen Umgang mit Immobilien auch verständlich führen zu können.

Die dritte Vorlage informiert über den aktuellen Stand bei der Umsetzung der Klimaschutzinitiative. Deutlich wird dabei, dass jetzt der erste Schritt für die Umsetzung der bisherigen Absichtserklärungen vollzogen werden soll, indem unter Energieeffizienzkriterien eine Bestandsaufnahme für zahlreiche Gebäude der Kirche in Oldenburg begonnen wird. Es handelt sich dabei um die Nutzung einer Bundesförderung, die die entstehenden Analysekosten mit bis zu 70% der Kosten

fördert. Bei der genaueren Durchsicht der „betroffenen“ Gebäude wurde deutlich, dass es wohl noch einer Rückkoppelung zu den Gemeinden bedarf, um sicherzustellen, dass auch wirklich die relevanten Gebäude für die Maßnahmen ausgewählt wurden.

Diese Informationen und Auswertungsergebnisse wiederum werden von zentraler Bedeutung sein für den künftigen Umgang mit den bebauten Immobilien. (Unbebaute Immobilien – Ländereien, wie sie im Pfarrfonds oder Kirchen- und Küsterland, zusammengefasst sind, können in der Regel nicht veräußert werden und unterliegen besonderen Auflagen.)

Bei den Gebäuden hingegen wird es künftig darauf ankommen, eine effiziente und bedarfsgerechte Bewirtschaftung zu erreichen. Dabei zeichnet sich schon jetzt ab, dass zahlreiche Gebäude nicht mehr benötigt werden. Eine zentrale Frage – auch für die Gemeinden – wird sich daher stellen zum Umgang mit diesen Immobilien, bzw. mit der Verwendung der Verkaufserlöse.

Dazu gibt es z.Zt. verschiedene Modelle, die alle noch in der Diskussion sind: In der vierten Vorlage („Vorschlag für ein künftiges Immobilienmanagement ...“) werden dazu drei Handlungsvarianten aufgelistet:

- Freigabe von 100% der Verkaufserlöse
- Freigabe von 50% der Verkaufserlöse
- Verwendung des Gebäudeanteils für Bauzwecke und Wiederanlage des Grundstücksanteils

Eine weitere Variante wurde bereits auf der letzten Sitzung thematisiert:

- Freigabe von 20% zur Stärkung für den Gemeindehaushalt
- Zuführung von 30% in die gemeindliche Baurücklage
- Zuführung von 50% in einen zentralen Fonds für Energieeffizienzmaßnahmen an Gebäuden in der Oldenburger Kirche (Gemeindefinanzausgleich)

Hier hat die AG keine Festlegung oder klare Position eingenommen, da die Beratung nicht ausreichend intensiv erfolgen konnte.

Die AG Perspektive hat abschließend intensiv zum weiteren Verfahren beraten und ist – trotz des Bewußtseins um noch zahlreiche notwendige Überlegungen zur Umsetzung - zu dem Ergebnis gekommen, den Arbeitsauftrag an die Synode zurückzugeben. Die Mitglieder der AG haben sich bewußt dafür entschieden, weil erkennbar wird, dass die Vorarbeiten „in groben Pinselstrichen“ erarbeitet worden sind. Die AG wird daher die Ausschüsse der Synode bitten, sich mit den Ergebnissen auseinanderzusetzen und zu beraten, wie in ihrem jeweiligen Wirkungsfeld die erkennbaren Zielvorstellungen mit konkreten Maßnahmen erreicht werden können.

Die nächste Sitzung findet am 26. April ab 16.00 Uhr im OKR, Philosophenweg 1, statt.

p.s. Angedacht war, sich nach der Sitzung am 26. April zu einem gemeinsamen Essen zu treffen. Frau Ambrosy-Schütze will klären, ob die Kosten aus Mitteln des OKR übernommen werden können

Inzwischen hat sich herausgestellt, dass aber doch nur wenige Mitglieder dann teilnehmen könnten. Damit das gemeinsame nicht zu einem einsamen Essen wird, soll der Termin verschoben und neu festgelegt werden.